

# **Amtliches Bekanntmachungsblatt**



*- Amtsblatt – der Gemeinde Schermbeck*

---

*Nr. 8*

*Ausgabetag: 08. September 2017*

*43. Jahrgang*

---

## **INHALT**

**Seite**

- |      |   |           |
|------|---|-----------|
| 35.) | <b>Planfeststellung für den Neubau der Erdgasfernleitung<br/>ZEELINK, Abschnitt Düsseldorf (Station Hochneukirch bis<br/>Station Dämmerwald) der ZEELINK GmbH &amp; Co. KG</b>  | <b>81</b> |
| 36.) | <b>Bekanntmachung des Wasser- und Bodenverbandes<br/>Gahlener Torfvenn<br/>Hinweis der diesjährigen Gewässerschau<br/>Treffpunkt: Freitag, den 24.11.17 um 14.00 Uhr an der<br/>Gaststätte Zur Schwarzdrossel, Pfannhüttenstraße 55,<br/>46514 Schermbeck</b> | <b>88</b> |

---

*Impressum: Herausgeber + Gestaltung:*

*Gemeinde Schermbeck, Der Bürgermeister, 46514 Schermbeck, Rathaus, Weseler Straße 2,  
Telefon: 02853 / 910-0, Fax: 02853 / 910-119, Email: [info@schermbeck.de](mailto:info@schermbeck.de).*

*Verantwortlich für den Inhalt: Bürgermeister Mike Rexforth. Erscheinungsweise: Nach Bedarf.*

*Alle Bekanntmachungen dieses Amtsblattes sind außerdem auf der offiziellen Internet-Seite der Gemeinde  
Schermbeck –[www.schermbeck.de](http://www.schermbeck.de)- im Themenbereich „Aktuelles“ -> „Bekanntmachungen“ abrufbar.*

*Bezug: kostenfreie Abholung im Bürgerbüro; auf Wunsch Zustellung gegen Kostenerstattung.*

*Druck: Gemeindeeigene Druckerei.*



## Bekanntmachung der Gemeinde Schermbeck

---

### 35.) Planfeststellung für den Neubau der Erdgasfernleitung ZEELINK, Abschnitt Düsseldorf (Station Hochneukirch bis Station Dämmerwald) der ZEELINK GmbH & Co. KG

Die ZEELINK GmbH & Co. KG mit Sitz in 45141 Essen plant den Neubau einer rd. 215 km langen Erdgasfernleitung von Lichtenbusch in der Städteregion Aachen über St. Hubert im Kreis Viersen bis nach Legden im Kreis Borken. Das Projekt trägt den Namen „ZEELINK“ und ist in drei Abschnitte unterteilt, die von den Bezirksregierungen Köln, Münster und Düsseldorf bearbeitet werden.

Für den Abschnitt beginnend an der Station Hochneukirch (Gemeinde Jüchen) bis zur Station Dämmerwald (Gemeinde Schermbeck) im Regierungsbezirk Düsseldorf beantragt die ZEELINK GmbH & Co. KG bei der Bezirksregierung Düsseldorf die Durchführung des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens nach den §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Verbindung mit den §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) beantragt. Dieser Abschnitt beläuft sich auf ca. 105 km und wird im Gesamten von der Bezirksregierung Düsseldorf bearbeitet.

Für das Bauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in

der Stadt Mönchengladbach,	Gemarkung Schelsen,
	Gemarkung Odenkirchen
der Gemeinde Jüchen,	Gemarkung Hochneukirch,
	Gemarkung Kelzenberg
der Stadt Korschenbroich,	Gemarkung Glehn,
	Gemarkung Kleinenbroich,
	Gemarkung Liedberg
der Stadt Kaarst,	Gemarkung Büttgen,
	Gemarkung Kaarst
der Stadt Willich,	Gemarkung Schiefbahn,

der Stadt Krefeld,	Gemarkung Willich
	Gemarkung Benrad,
	Gemarkung Fischeln,
	Gemarkung Hüls
der Stadt Tönisvorst,	Gemarkung St. Tönis,
	Gemarkung Vorst
der Stadt Kempen,	Gemarkung Kempen,
	Gemarkung St. Hubert,
	Gemarkung Tönisberg
der Gemeinde Kerken,	Gemarkung Aldekerk,
	Gemarkung Stenden
der Gemeinde Rheurdt,	Gemarkung Rheurdt,
	Gemarkung Schaephuysen
der Gemeinde Issum,	Gemarkung Sevelen
der Stadt Kamp-Lintfort,	Gemarkung Hoerstgen,
	Gemarkung Kamp,
	Gemarkung Saalhoff
der Gemeinde Alpen,	Gemarkung Drüpt,
	Gemarkung Huck
der Stadt Rheinberg,	Gemarkung Borth,
	Gemarkung Millingen,
	Gemarkung Ossenberg,
	Gemarkung Rheinberg
der Stadt Voerde,	Gemarkung Spellen,
	Gemarkung Voerde
der Gemeinde Hünxe,	Gemarkung Bucholtwelmen,
	Gemarkung Drevenack
der Gemeinde Schermbeck,	Gemarkung Dämmerwald,
	Gemarkung Weselerwald

beansprucht.

Für das Vorhaben besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 3b i.V.m. Anlage 1 Nr. 19.2.1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung i.d.F. dieses Gesetzes, die vor dem 16.05.2017 galt (UVPG a.F.). Der Vorhabenträger hat unter anderem die gemäß § 6 UVPG a. F. nachfolgend aufgeführten Unterlagen vorgelegt, die Bestandteil der Auslegungsunterlagen sind:

Unterlagen Nr.	Bezeichnung der Unterlage	Verfasser	Datum
Kap. 1	Erläuterungsbericht	ZEELINK GmbH & Co. KG	09.06.2017
Kap. 9	Wasserrechtliche Belange und Beweissicherung	Dipl. Ing. Gajowski GmbH	
Kap. 13	Stationen und GDRM-Anlagen	Open Grid Europe	
Kap. 14	Kathodischer Korrosionsschutz (KKS)	Open Grid Europe	10.03.2017
Kap. 15	Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU II)	bosch & partner	02.06.2017
		Ingenieurbüro Feldwisch	02.06.2017
Kap. 16	Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)	bosch & partner	02.06.2017
		Ingenieurbüro Feldwisch	02.06.2017
Kap. 17	FFH-Verträglichkeitsstudie	<ul style="list-style-type: none"> <li>Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet <b>DE-4504-302</b> „Tote Rahm“</li> </ul>	bosch & partner 02.06.2017
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung für das VS-Gebiet <b>DE-4203-401</b> „Unterer Niederrhein“</li> </ul>	bosch & partner 02.06.2017
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Natura 2000-Vorprüfung für das FFH-Gebiet <b>DE-4405-301</b></li> </ul>	bosch & partner 02.06.2017

	<b>„Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef“</b>		
Kap. 18	Artenschutzfachbeitrag	bosch & partner  Ingenieurbüro Feldwisch	02.06.2017  02.06.2017
Kap. 19	Fachgutachten (Bodenschutz, Wasserrahmenrichtlinie, Archäologie) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachgutachten Bodenschutz</li> <li>• Fachgutachten Bodenschutz (Anlage 1 - Karten)</li> <li>• Fachgutachten Bodenschutz (Anlage 2 – Karten)</li> <li>• Fachgutachten Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) Fachbeitrag zur prüfung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Bewirtschaftungszielen nach §§ 27 bis 31 sowie § 47 WHG</li> </ul>	bosch & partner  Ingenieurbüro Feldwisch  Ingenieurbüro Feldwisch  Ingenieurbüro Feldwisch  bosch & partner  Ingenieurbüro Feldwisch	26.06.2017  26.06.2017 02.06.2017  02.06.2017  02.06.2017 02.06.2017
Kap. 20	Forstrecht	ZEELINK GmbH & Co. KG	xx.xx.xxxx

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit

**vom 18.09.2017 bis einschließlich 18.10.2017**

im Rathaus, Weseler Straße 2, 46514 Schermbeck, Zimmer 322 (Dachgeschoss)  
während der Dienststunden

Montag und Mittwoch

von 8.30 – 16.00 Uhr

Dienstag	von 8.30 – 12.00 Uhr
Donnerstag	von 8.30 – 18.00 Uhr
Freitag	von 8.30 – 13.00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

**Hinweis: Am 29.09.2017 ist eine Einsichtnahme in die Planunterlagen nicht möglich, da das Rathaus an diesem Tag wegen einer ganztägigen betrieblichen Veranstaltung geschlossen ist.**

Zudem werden der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die Planunterlagen im Internet auf der Homepage der Bezirksregierung Düsseldorf, unter der Rubrik „Aktuelle Offenlagen“ [http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/bausteine/\\_MTT/MTT\\_aktuelle\\_offenlagen\\_fortsetzung.html](http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/bausteine/_MTT/MTT_aktuelle_offenlagen_fortsetzung.html)) veröffentlicht; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (§ 27a Abs. 1 VwVfG NRW).

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis einschließlich **02.11.2017**, bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf (Anhörungsbehörde) oder bei der Gemeinde Schermbeck Weseler Str. 2, 46514 Schermbeck Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe einzulegen, können innerhalb der Frist Stellungnahmen abgeben. Die Einwendung oder Stellungnahme muss den geltend gemachten Belang und das Maß der Beeinträchtigung erkennen lassen.

**Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist sind alle Einwendungen und Stellungnahmen nach § 43b EnWG i. V. m. § 73 Abs. 4 VwVfG NRW ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Eine Ausnahme von diesem Einwendungsausschluss kann sich mit Blick auf die Inhalte des Urteils des EuGH vom 15.10.2015 – C-137/14, insbesondere bezogen auf Schutzgützer entsprechend § 2 Abs. 1 UVPG, ergeben.**

Die Bezirksregierung Düsseldorf bietet die Möglichkeit an, Einwendungen und Stellungnahmen in rechtsverbindlicher elektronischer Form gemäß § 3a VwVfG NRW über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) zu senden. Wegen der diesbezüglichen Zugangsvoraussetzungen wird auf die Internetveröffentlichung unter [www.brd.nrw.de/wirueberuns/EGVP.html](http://www.brd.nrw.de/wirueberuns/EGVP.html) verwiesen. Eine einfache E-Mail erfüllt diese Anforderungen nicht und bleibt daher unberücksichtigt.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt für das Verfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist. Vertreter kann nur eine (**einzelne**) natürliche Person sein (§ 17 Abs. 1 VwVfG NRW).

Gleichförmige Eingaben, die die vorgenannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf **jeder** mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder deren Vertreter nicht **eine** natürliche Person ist, **können unberücksichtigt bleiben. Hierüber entscheidet die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen.** Ferner werden gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt bleiben, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben (§ 17 Abs. 2 VwVfG NRW).

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG NRW von der Auslegung des Plans.
3. Rechtzeitig erhobene Einwendungen und Stellungnahmen von Vereinigungen werden in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich oder öffentlich bekannt gegeben wird, sofern nicht nach § 43a EnWG von der förmlichen Erörterung abgesehen wird.

Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 VwVfG NRW).

Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und der Vorhabenträgerin mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG NRW).

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche werden, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem

Grunde nach zu entscheiden ist, nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde (Bezirksregierung Düsseldorf) entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG NRW).
7. Vom Beginn der Auslegung des Plans tritt die Veränderungssperre nach § 44a EnWG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).
8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,
  - dass die für das Verfahren zuständige Behörde und die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die Bezirksregierung Düsseldorf ist,
  - dass über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
  - dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 6 Abs. 3 UVPG a. F. notwendigen Angaben enthalten und
  - dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 9 Abs. 1 UVPG a. F. ist.

Schermbeck, 06.09.2017

Der Bürgermeister

- Rexforth -



36.)

**Bekanntmachung des  
Wasser- und Bodenverbandes**

**Gahlener Torfvenn**

Geschäftsführung

Börster Weg 20

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/1035-17

Fax: 02361/1035-25

**Hinweis der diesjährige Gewässerschau:**

Der Wasser- und Bodenverband führt seine diesjährigen Gewässerschauen am

**Freitag, den 24.11.17 um 14.00 Uhr,**

Treffpunkt ist an der Gaststätte Zur Schwarzdrossel,

Pfannhüttenstr. 55, 46514 Schermbeck.

Interessenten können auch an der Bachschau teilnehmen.

Nähere Einzelheiten können bei der Geschäftsführung erfragt werden.

Der Verbandsvorsteher

gez. Unterberg

Für die Richtigkeit



Soddemann

Geschäftsführer

Amtl. Bek.-Blatt -Amtsblatt-  
Nr. 8 der Gemeinde Schermbeck  
vom 08.09.2017, S. 88